

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Freitag, 20. Oktober 2023 · Nr. 244/42 D2

HERAUSGEGEBEN VON GERALD BRAUNBERGER, JÜRGEN KAUBE, CARSTEN KNOP, BERTHOLD KOHLER

3,50 € F.A.Z. im Internet: faz.net

Jordan will Interimslösung im Kongress

sat. WASHINGTON. Nachdem der amerikanische Republikaner Jim Jordan zweimal bei der Wahl zum Sprecher des Repräsentantenhauses an Gegnern aus der eigenen Fraktion gescheitert ist, hat er sich am Donnerstag dafür ausgesprochen, Interimssprecher Patrick McHenry mit mehr Kompetenzen auszustatten. McHenry solle in die Lage versetzt werden, wichtige Gesetzesvorhaben auf den Weg zu bringen, etwa die Militärhilfe für Israel und einen neuen Bundeshaushalt. McHenry soll die erste Kongresskammer nach Jordans Vorstellungen aber nur übergangsweise bis zum 3. Januar führen. Dann wolle sich Jordan abermals als Kandidat der Fraktion um das Amt des Sprechers bewerben, hieß es aus seinem Umfeld. Er wolle die kommenden Monate nutzen, um Geschlossenheit in seiner Fraktion herzustellen. Am Mittwoch hatte Jordan im zweiten Wahlgang abermals die nötige Mehrheit in der ersten Kongresskammer verfehlt. 22 Abgeordnete aus den eigenen Reihen hatten gegen ihn gestimmt – zwei mehr als am Dienstag. Vor gut zwei Wochen hatte eine Gruppe radikaler Republikaner den bisherigen Sprecher Kevin McCarthy gestürzt, weil er einen Übergangshaushalt mit den Stimmen der Demokraten beschlossen hatte.

Die böse Saat des Muftis al-Husseini

Der Terror der Hamas gegen Israel hat eine Vorgeschichte, die bis in die Zeit des Zweiten Weltkriegs zurückreicht.

Feuilleton, Seite 11

Der Messerarm ist zurück

Die rechte SVP setzt im Schweizer Wahlkampf auf eindeutige Motive. Damit war sie schon einmal erfolgreich.

Politik, Seite 6

Drei glorreiche Halunken

Die Rolling Stones kennen keinen Ruhstand. Ihr vermutlich letztes Album hat nur einen Makel: seine Makellosigkeit.

Feuilleton, Seite 13

Der digitale Euro kommt

Wird die digitale Währung das Bargeld ersetzen, und wie funktioniert sie? Fragen und Antworten.

Wirtschaft, Seite 17

Wie Herkules und Obelix

Marcos Kremer musste viele Rückschläge verkraften. Nun soll er die „Pumas“ zum WM-Titel im Rugby führen.

Sport, Seite 32

Ein Haus voraus

In Österreich sinken jetzt die Immobilienpreise. Doch gerade junge Menschen treffen härtere Kreditrichtlinien.

Immobilien, Seite 21

Briefe an die Herausgeber, Seite 6

Mahsa Amini erhält postum Sacharow-Preis

T.G. BRÜSSEL. Das Europäische Parlament zeichnet in diesem Jahr postum Jina Mahsa Amini sowie die iranische Frauen-, Lebens- und Freiheitsbewegung mit dem Sacharow-Preis für geistige Freiheit aus. Man stehe an der Seite „der Tapferen und Aufständischen, die weiter für Gleichberechtigung, Würde und Freiheit in Iran kämpfen“, teilte die Präsidentin Roberta Metsola zur Begründung mit. Amini war im September 2022 nach körperlicher Misshandlung durch iranische Sicherheitskräfte gestorben. Ihr Tod führte zu weitreichenden Protesten. Der Preis wird am 13. Dezember verliehen.



Für Gaza: Hilfsgüter am Donnerstag am Flughafen Dubai

Foto AFP

Ägypten will Grenzübergang nach Gaza für Hilfsgüter öffnen

Baerbock: Sehen Leid der Palästinenser / Zweifel an Todeszahl nach Explosion

ch. TG/BRÜSSEL. Am Grenzübergang Rafah zwischen Ägypten und dem südlichen Gazastreifen haben am Donnerstag die Vorbereitungen für die Lieferung humanitärer Hilfe in den Küstenstreifen begonnen. Laut Agenturberichten wurden dort von Ägyptern Schäden beseitigt, die durch israelische Luftangriffe verursacht worden waren. Am Grenzübergang standen zudem Hunderte Lastwagen mit Hilfsgütern bereit. Voraussichtlich ab diesem Freitag sollen zunächst 20 Fahrzeuge den Grenzübergang passieren dürfen.

Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) erklärte am Donnerstag zum Auftakt einer Reise nach Jordanien, Israel und Libanon: „Unsere unverbrüchliche Solidarität gilt Israel im Kampf gegen die Hamas. Israel hat das Recht, sich gegen den Hamas-Terror zu verteidigen – in dem Rahmen, den das Völkerrecht für

solche Ausnahmesituationen vorgibt.“ Es sei das „perfidie Kalkül“ der Hamas, die Zivilisten „Tod, Not und Leid auszusenden, um den Nährboden für weiteren Terrorismus zu schaffen“. Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) hat Israel in Tel Aviv am Donnerstag die volle weitere Unterstützung Deutschlands zugesichert. Vordringlichste Aufgabe sei es, eine Freilassung der Verschleppten zu erreichen, sagte er bei einem Treffen mit seinem Amtskollegen Joav Galant.

In einer am Donnerstag mit großer Mehrheit verabschiedeten Entschließung des Europäischen Parlaments in Straßburg hieß es, alle Maßnahmen Israels müssten strikt mit dem humanitären Völkerrecht vereinbar sein. Die Abgeordneten bekundeten zudem ihre Unterstützung für Israel und bekräftigten, „dass die terroristische Vereinigung Hamas zerschlagen werden muss“.

Israel hat im Zuge einer amerikanischen-ägyptischen Initiative zugestimmt, die Lieferung von Wasser, Lebensmitteln und Medikamenten nicht zu behindern, solange diese ausschließlich Zivilisten im Süden des Gazastreifens erreichen. Dafür steht der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu innenpolitisch zunehmend unter Druck. Vertreter der Geisel-Organisation „Bring them back home“ kritisierten die geplante Öffnung des Grenzübergangs als „schreckliche Entscheidung“.

Indes mehren sich Zweifel an der Darstellung der Hamas, wonach bei der Explosion am Al-Ahli-Krankenhaus in Gaza am Dienstag Hunderte Menschen getötet worden seien. Europäische Geheimdienstkreise schätzten die Zahl der Toten am Mittwoch laut Nachrichtenagentur AFP auf etwa zehn bis 50. (Siehe Seite 2 und 10 sowie Feuilleton, Seite 15.)

Neue Erfassung antisemitischer Straftaten

Innenministerium will religiöse und ausländische Hintergründe genauer abbilden

job. BERLIN. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) will ein realistischeres Bild über das Ausmaß antisemitischer Straftaten mit ausländischem oder religiösem Hintergrund gewinnen. Zu diesem Zweck werde sie sich „in den zuständigen Gremien dafür einsetzen“, die Erfassungskriterien für die Kriminalitätsstatistik zu verändern, erfuhr die F.A.Z. aus dem Bundesinnenministerium. Bisher galt zwischen dem Bundeskriminalamt und den Landeskriminalämtern die Vereinbarung, „fremdenfeindliche sowie antisemitische Straftaten dem Phänomenbereich Rechts zuzuordnen, wenn sich aus den Umständen der Tat und/oder der Einstellung des Täters keine gegenteiligen Anhaltspunkte zur Tätermotivation ergeben“.

Die jüngste verfügbare Statistik für das Jahr 2022 zählt nur 105 antisemitische Straftaten auf, die nachweislich mit „ausländischer oder religiöser Ideologie“ in Zusammenhang standen, und acht Straftaten, die dem Phänomenbereich Links zugeordnet wurden. Dagegen wurden 2185 Straftaten dem Phänomenbereich Rechts zugeschrieben.

Im Innenministerium wird die angestrebte Streichung der „Sonderregel“ mit der veränderten Lage seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel begründet. Die Regel sei „in der Vergangenheit angemessen gewesen, um sicherzustellen, dass antisemitische und fremdenfeindliche Straftaten als solche erfasst und richtig zugeordnet werden“, heißt es. Gleichwohl vertrete das Ministerium die Auffassung, dass es „keinen Bedarf mehr für die Sonderregelung gibt“, da die Polizeibehörden inzwischen „umfassend für die Thematik sensibilisiert“ seien. Zudem

bestehe bei einer Fortführung der Sonderregel „die Gefahr von Missverständnissen und Fehlinterpretationen“.

Warum bisher antisemitische Straftaten als rechts eingestuft werden, wenn keine klaren Hintergründe vorliegen, ist nicht ganz ersichtlich. Im Ministerium heißt es, viele Länder hätten es vermutlich als „nicht zufriedenstellend“ empfunden, wenn zu viele antisemitische Straftaten unter der ebenfalls vorhandenen Rubrik „nicht zuzuordnen“ aufgeführt worden wären. Die Streichung der sogenannten Sonderregel muss von der Arbeitsgruppe Qualitätskontrolle beschlossen werden, an der Vertreter des Bundeskriminalamts und der Landeskriminalämter teilnehmen. Die Runde trifft sich ein- bis zweimal im Jahr. Mit der neuen Statistik ist frühestens 2024 zu rechnen, heißt es im Innenministerium. (Kommentar Seite 10.)

bestehe bei einer Fortführung der Sonderregel „die Gefahr von Missverständnissen und Fehlinterpretationen“.

Deutschland entsendet Fregatte ins Mittelmeer

pca. BERLIN. Deutschland wird eine Fregatte ins Mittelmeer entsenden. Das Schiff soll sich im Rahmen der UN-Mission UNIFIL an der Überwachung des Seeraums vor der libanesischen Küste beteiligen. Die Baden-Württemberg, die nach jahrelanger Pannenserie erstmals in einen Auslandseinsatz geschickt wird, löst dort eine deutsche Korvette ab. Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) ist am Donnerstag zu militärischen Konsultationen nach Israel gereist. Zuvor hatte er sowohl die deutschen UN-Soldaten in Libanon als auch die Korvette Oldenburg besucht. (Siehe Seite 4.)

Zentralrat der Muslime verurteilt Hamas-Terror

F.A.Z. FRANKFURT. Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Aiman Mazyek, hat sich vom Terror der Hamas in Israel distanzierend und Trauer und Mitgefühl für die mehr als 1400 Opfer bekundet. Zugleich beklagte Mazyek in einem Gastbeitrag für die F.A.Z. auch die bislang mehr als 3000 Toten im von Palästinensern bewohnten Gazastreifen durch israelische Bombenangriffe gegen Hamas-Stellungen. „Gewalt darf auch nicht mehr unsere Religionen kidnappen“, schreibt Mazyek. Versöhnung sei das Gebot der Stunde für Frieden in dieser Region. (Zeitgeschehen, Seite 8.)

Linksalternative Wagenknecht

Von Thomas Holl

Sahra Wagenknecht setzt ihre Salamatik zur Zerstörung der Linkspartei fort. Scheibchenweise bereitet sie die Öffentlichkeit und die ohnmächtige Parteiführung auf die Gründung einer eigenen Truppe vor, die sogar ihren Namen tragen soll. Denn als Marke ist Wagenknecht wie keine andere Linken-Politikerin dank unzähliger Talkshowauftritte und eines als Abrechnung mit linkem Lifestyle geschriebenen Bestsellers bundesweit bekannt bis populär.

Ihre Getreuen haben die Meldung lanciert, dass die Noch-Linken-Bundestagsabgeordnete am Montag vor der sicher äußerst gut besuchten Bundespressekonferenz in Berlin einen Verein zwecks Gründung einer neuen Partei vorstellen wird. Man kann die Wahl des Vereins- und auch wahrscheinlich Parteinauens „BSW – Bündnis Sahra Wagenknecht – für Vernunft und Gerechtigkeit“ und das rücksichtslos-kühle Vorgehen gegen die Linken-Spitze mit Recht als „Egotrip“ geißeln. So hat es in hilflosem Zorn Janine Wissler getan, die Partei-

vorsitzende und Trümmerfrau der Linkspartei. Es ist ein Egotrip, der vor allem die bisherige Bundestagsfraktion ins Mark trifft, die bald zum parlamentarischen Status einer Gruppe degradiert werden könnte. Denn Wagenknecht und mehrere Abgeordnete, die ihr wohl folgen werden, haben nicht vor, ihre Bundestagsmandate aufzugeben, wie es Wissler als Gebot des Anstands fordert. Der Fraktionsstatus wäre bei einem Auszug ihrer Unterstützer verloren.

Ob die Fixierung der künftigen Partei auf die Strahlkraft Wagenknechts ein Nachteil sein muss, wird sich erst bei der Europawahl im Frühjahr zeigen. Dann muss Wagenknecht beweisen, dass ihre Schwäche beim Organisieren von anderen ausgeglichen werden kann. Wie ihr Mann Oskar Lafontaine bietet sie ein Programm, das sozialpolitisch klassisch links und gesellschaftspolitisch nationalkonservativ schimmert. Es wäre vor allem ein Angebot an frühere Linken- und SPD-Wähler, die derzeit die AfD wählen. Nun gibt es bald eine linkspopulistische Alternative für sie.

Ergebnis linker Willkommenskultur

Von Jasper von Altenbockum

Es ist tatsächlich eine „neue Dimension“ der Judenfeindlichkeit, die Deutschland erlebt, wie die Grünen-Politikerin Lamy Kaddor sagt? Oder ist es nicht vielmehr eine Dimension, die seit Langem bekannt ist, die aber den deutschen Staat und seine Gesellschaft so sehr in Verlegenheit bringt, dass sie immer wieder als neu bezeichnet wird? Denn sonst müsste man sich eingestehen, dass bei aller Empörung und bei allem Entsetzen über antisemitische Ausschreitungen wie jetzt nach dem Brandanschlag auf eine jüdische Synagoge in Berlin alles beim Alten bleibt. Wird sich jetzt etwas ändern?

Es ist kein gutes Zeichen, dass Islamverbände erst tagelang dazu aufgerufen werden müssen, zum Hamas-Massaker in Israel eindeutig Stellung zu beziehen. Was dabei herausgekommen ist, spricht für sich selbst. Milli Görüş rechtfertigte sich damit, dass der Verband den Terror in Israel „zunächst nicht richtig einordnen“ konnte. Die türkische DITIB beschwert sich gar, dass sie „erst zu einer richtigen Positionierung ermahnt werden“ musste. Der Zentralrat der Muslime verurteilte die „Instrumentalisierung“ des palästinensischen Befreiungskampfes durch Terroristen, lenkte den Blick aber sogleich auf die „zutiefst verstörende“ Politik Israels.

Was will man von solchen Verbänden, den wichtigsten Ansprechpartnern in Deutschland für die Meinungsbildung unter Muslimen, halten? Es hat Anläufe gegeben, ihnen ihre Rolle als „zivilgesellschaftliche“ Integratoren begreiflich zu machen, der wohl wichtigste waren die Islamkonferenzen. Was Israel angeht, heißt die deutsche Politik aber auf Granit, und es ist fast schon ein Trost, dass die zahlreichen Islamverbände selbst zusammengekommen nur einen Bruchteil der in Deutschland lebenden Muslime vertreten.

Was will man von ihnen aber auch erwarten? Glaubt man deutschen Politikern bis hinauf zum Bundespräsidenten, ist jede Einwanderung nach Deutschland auch mit der Pflicht verbunden, in die deutsche Erinnerungskultur einzuwandern. Das müsste bedeuten, dass Einwanderer aus muslimischen Ländern dem dort zum Teil tief sitzenden Hass auf Juden und den Staat Israel beim Grenzübergang abschwören, die israelfeindlichen Brücken in ihre Heimatkultur abbrechen und ihren Kindern das Gegenteil dessen beibringen, was ihnen selbst beigebracht wurde. Wenn Leitkultur durchzusetzen oder auch nur zu kommunizieren schon schwierig genug ist, warum sollte sie in diesem Fall so selbstverständlich sein? Es ist deutsche Selbstüberschätzung, das zu verlangen und an die reinigende Kraft deutscher Geschichtspolitik zu glauben. Islamverbände und Moscheever-

eine sind der beste Beweis dafür, dass es eine Illusion ist, importierter Antisemitismus lasse sich so bekämpfen wie der hausgemachte.

Zum Kampf gegen den hausgemachten gehört zudem, dass der importierte Antisemitismus gerne relativiert wird. Auch jetzt heißt es wieder, mit der Empörung über den Antisemitismus, der ins Land einwandert, dürfe nicht vom „eigenen“ Antisemitismus abgelenkt werden. Aber wer will das? Und ist es nicht eher umgekehrt? Deutsche Politiker und deutsche Behörden sind bis heute nicht einmal in der Lage, die beiden Spielarten auseinanderzuhalten. Die Davidsterne, die jetzt an die Haustüren jüdischer Bürger geschmiert wurden, landen in der Statistik im Zweifel im

Es ist eine Illusion, dass Migranten nicht mehr antisemitisch sind, weil die Deutschen es wollen.

Kapitel über Rechtsextremismus. Migrantische, „antikolonialistische“, linksradikale Hintergründe von Antisemitismus ließen sich auf dem Weg dieser statistischen Vertuschung über Jahrzehnte verharmlosen. Im Falle der Palästinenser ist das leicht zu erklären: Deren Befreiungskampf gehört seit jeher zur westdeutschen (Linken) Willkommenskultur.

Verhindern ließ sich dadurch auch eine Debatte darüber, was denn sinnvollerweise zu tun sei. Annalena Baerbock versicherte, die „ganze Kraft des Staates“ werde sich jetzt gegen Hamas-freundlichen Antisemitismus richten. Schon kommen aber die üblichen, berechtigten Einwände: Ausweisungen ja – aber wohin? Verbote ja – aber wie oft werden sie tatsächlich verhängt? Es bleiben oft nur Appelle an Sozialarbeit und Antirassismus-Training oder Leerformeln wie „Nie wieder ist jetzt“. Die ganze Kraft, das sind die ohnehin überlasteten Schultern der Lehrkräfte an deutschen Schulen, die im Kampf gegen nahöstlichen Antisemitismus eine Sisyphosarbeit zu leisten haben.

Wenn tatsächlich die ganze Kraft des Staates gemeint wäre, dann müsste die Lösungspolitik umzustellen. Einwanderung von Antisemitismus lässt sich nur verhindern, indem er nicht einwandern darf. Die deutsche Politik spielt aber ausgerechnet hier das eine Grundrecht, das auf Asyl, gegen andere aus. Die Lösung wären Kontingente. Davon ist aber Deutschland, ist Europa weit entfernt. Nur das aber, ein vertretbares Maß an Einwanderung aus muslimischen Ländern, wäre eine neue Dimension.



Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH; Kundenservice: (069) 75 91 - 10 00, Telefax: (069) 75 91 - 21 80 oder www.faz.net/meinabo. Briefe an die Herausgeber: leserbriefe@faz.de

Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Österreich, Niederlande, Portugal (Cont.), Spanien 4,30 € / Kanaren, Balearen 4,50 € / Schweiz 5,20 sfrs